Nacht-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro Gm. b. H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Montag, 7. Dezember	Nr. 1638

Reichsminister Dr. Goebbels an Gustaf Gründgens.

Berlin, 7. Dezember. Reichsminister Dr. Goebbels sandte an den Intendanten des Staatlichen Schauspielhauses, Gustaf Gründgens, nachstehendes Telegramm:

„Sehr verehrter Herr Intendant! Nehmen Sie zur 150-Jahrfeier des Staatlichen Schauspielhauses meine herzlichsten Glückwünsche entgegen. Möge das Staatstheater unter Ihrer umsichtigen künstlerischen Leitung auch in Zukunft eine Pflegestätte echtester deutscher Bühnenkunst bleiben und damit allen deutschen Theatern ein Vorbild sein. Mit Heil Hitler

Reichsminister Dr. Goebbels."

Dank der Reichsregierung an Holland.

Haag, 7. Dezember. Der deutsche Gesandte Graf Zech-Burkersroda hat dem niederländischen Außenminister den Dank der Reichsregierung für die tatkräftige Hilfe ausgesprochen, die der niederländische Geschäftsträger in Madrid bei der Rettung Deutscher aus dem dortigen Botschaftsgebäude sowie bei der Verteidigung des Gebäudes und der darin befindlichen Flüchtlinge geleistet hat.

Wieder zwei Reichsdeutsche in Leningrad verhaftet.

Berlin, 7. Dezember. Am Sonntag sind der Reichsangehörige Straßenbahnmeister Dr. Hans Werger, geboren am 18. 3. 1898 in Heidelberg, sowie seine Ehefrau in Leningrad verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Die Maßnahme, die von amtlicher sowjetrussischer Stelle bestätigt ist, wird mit angeblicher Spionage und gegenrevolutionärer Betätigung begründet.

Zum „Tag der nationalen Solidarität".

Berlin, 7. Dezember. Das Gesamtergebnis des „Tages der nationalen Solidarität" 1936 im Gau Westfalen-Nord erhöht sich nach den letzten Feststellungen von 116 151,39 RM auf 127 008,32 RM.

Der Herzog von Aosta in Berlin.

Berlin, 7. Dezember. Am Montag traf in Berlin Seine Königliche Hoheit der Herzog von Aosta zu einem längeren Besuch ein.

Der Herzog, der als Divisionsgeneral der Königlich italienischen Luftwaffe angehört, folgt damit einer Einladung des Reichsministers der Luftfahrt und Oberbefehlshabers der Luftwaffe General Göring. Dem Gast wird Gelegenheit gegeben werden, verschiedene Truppenteile der Luftwaffe zu besichtigen.

Baldur von Schirach über das neue Jugendgesetz.

Berlin, 7. Dezember. Aus Anlaß der am 1. Dezember erfolgten Verkündung des Gesetzes über die Verstaatlichung der Hitler-Jugend sprach der Jugendführer des Deutschen Reiches, Reichsleiter Baldur von Schirach, am Montag im Hotel Kaiserhof vor der in- und ausländischen Presse über die Grundsätze der neuen Jugendführung.

Dem Vortrag wohnte eine überaus große Zahl von namhaften Vertretern der in- und ausländischen Presse bei. Als Vertreter des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda waren der stellvertretende Pressechef der Reichsregierung, Ministerialrat Berndt, Oberregierungsrat Stephan und Regierungsrat Schlecht anwesend. An der Spitze der ausländischen Journalisten war der Vorsitzende des Vereins der ausländischen Presse, Louis P. Lochner, erschienen. Von der Reichsjugendführung waren der Stellvertreter des Reichsjugendführers, Stabsführer Lauterbacher, die Reichsreferentin des BdM., Trude Bürkner, und sämtliche Amtsleiter zugegen.

Reichsjugendführer **Baldur von Schirach** bezeichnete in seinem einleitenden Worten das Gesetz über die Hitler-Jugend als eine Schöpfung des Führers Adolf Hitler, der durch Inhalt, Form und Unterschrift des Gesetzes seinem Willen Ausdruck gegeben habe, die heranwachsenden Generationen mit seiner Person und seinem Werk für alle Zukunft zu verknüpfen. Daher werde die Nachwelt gerade dieses Gesetz zu den größten Taten Adolf Hitlers zählen.

Baldur von Schirach zeichnete dann ein eindrucksvolles Bild jener längst überwundenen Zeit, da zwischen der jüngeren und älteren Generation heftigste Auseinandersetzungen tobten, da die Jugend führerlos allen schlimmen Einflüssen und Strömungen preisgegeben war und die Phantasie jugendlicher Leser durch verantwortungslose Geschäftsmacher verderbt wurde.

Der Reichsjugendführer ging dann weiter auf das Werden der Hitler-Jugend ein. Sie habe sich von jeher dadurch von den anderen Jugendorganisationen im In- und Ausland unterschieden, als sie schon als kleine Gemeinschaft mit dem Anspruch der Totalität auftrat. Dieser Anspruch bezog sich nicht nur auf die Masse der in Deutschland lebenden Jugendlichen, sondern auf alle Tätigkeitsgebiete der Jugend im volkischen und staatlichen Leben.

Zu der Frage, ob nicht durch die Schaffung einer Obersten Reichsbehörde die Gefahr einer Verbürokratisierung der Jugendführung angezeigt sei, erklärte Baldur von Schirach: „Wir bleiben, was wir sind! Die aus der nationalsozialistischen Kampfzeit und der nationalsozialistischen Weltanschauung heraus geprägten und mit einer 15jahrigen Tradition erfüllten Begriffe werden auch in Zukunft beibehalten werden.

„Glauben Sie nicht, daß ich den Ehrgeiz habe, einen riesigen Beamtenapparat aufzubauen, sondern im Gegenteil, es wird gerade mein Ehrgeiz sein, die kleinste deutsche Reichsbehörde zu führen! In der Jugend kommt es vor allem auf die Beweglichkeit der Führung und auf die direkte Verbindung mit der Jugend selbst an. Ich werde daher die Mitarbeiter meiner Behörde immer wieder mit vorübergehenden aktiven Führungsaufgaben in der Jugend selbst betreuen.

„Außerdem werde ich in den nächsten Tagen für das gesamte Führerkorps die Durchführung bestimmter sportlicher Aufgaben verfügen, die in einem modernen Zehnkampfprogramm bereits festgelegt sind. Jeder von uns wird Jahr für Jahr diese sportlichen Uebungen wiederholen müssen."

Das Prinzip der Freiwilligkeit soll, wie der Reichsjugendführer weiter ausführte, dadurch aufrecht erhalten werden, daß die vor dem 1. Dezember 1936 in der HJ. und im BdM. organisierten Jugendlichen an einer Leistungsgemeinschaft zusammengefaßt werden, in die sich jeder auf Grund des Gesetzes eingegliederte Jugendliche durch Treue und Pflichterfüllung, also durch freiwillige Leistung, hineindienen kann. Es bestehe also unter keinen Umständen die Absicht, die Neueintretenden als weniger wertvoll zu diffamieren und etwa als Zweitrangige zu behandeln.

Zur Frage der Führerausbildung teilte Baldur von Schirach mit, daß der Bau der Akademien für Jugendführung in München und Braunschweig im Winter 1937 fertiggestellt sein werde. Dort werden diejenigen Jugendführer, die sich als Unterbannführer in der praktischen Führung der Jugend ausgezeichnet haben, nach abgeschlossenem Arbeits- und Militärdienst für ein Jahr zusammengefaßt und nach einem weiteren halben Jahr Auslandsdienst zur Bannführerprüfung zugelassen. Mit diesem Verfahren werde für das Führerkorps eine wirkliche Auslese gewonnen werden können.

Am Dienstag Trauerfeier für Ortsgruppenleiter Jansen.

Danzig, 7. Dezember. Die Trauerfeier für den in der Nacht zum Sonntag verstorbenen Ortsgruppenleiter der NSDAP. in Danzig und früheren Stellvertreter des Landesleiters Gustloff, F. Jansen-Alders, findet am Dienstag nachmittag in der Kirche der evangelischen Kurgemeinde in Danzig statt.

Staatsschutzgesetz vom Schweizer Bundesrat angenommen.

Bern, 7. Dezember. In einer Sitzung am Montag genehmigte der schweizerische Bundesrat die Vorlage zum neuen Staatsschutzgesetz.

In der Vorlage wird auch auf die Notwendigkeit eines vermehrten Schutzes der verfassungsmäßigen Einrichtungen des Landes hingewiesen und, wie die Basler Nachrichten schreiben, der Umstand hervorgehoben, daß die schweizerischen Kommunisten, ohne an sich bedrohlich zu sein, doch über die Dritte Internationale gefährliche Verbindungen mit einer ausländischen Großmacht unterhalten. Besonderes Gewicht wird auf den Schutz der Armee gelegt. Die Kommunistische Partei scheint nicht verboten zu werden, daß soll der Bundesrat die Vollmacht erhalten, in Notzeiten gegen staatsgefährliche Organisationen einzuschreiten.

Die „Neue Basler Zeitung" zur Berufung Prof. Gerlachs.

Basel, 7. Dezember. Zu der Berufung von Professor Gerlach an eine reichsdeutsche Universität schreibt die Neue Basler Zeitung, daß dieser Ruf für die allgemein anerkannten wissenschaftlichen Qualitäten des Professors eine schöne Ehrung bedeute. Für die Basler Hochschule sei der Weggang Professor Gerlachs dagegen ein schwerer Verlust, der namentlich von den Schülern Gerlachs sehr bedauert werde, die ihren Lehrer verehrten und ihm spontan herzliche Ovationen bereitet hätten.

Wörtlich schreibt das Blatt dann: „Wir müssen nun wirklich hoffen, daß wir im Interesse des Ansehens unserer Universität vor neuen Demonstrationen verschont bleiben. Von der Kuratell und besonders von ihrem Präsidenten muß man erwarten, daß sie in Zukunft in derartigen Fällen mit weniger parteipolitischer Leidenschaftlichkeit und dafür mit umso größerer Objektivität Stellung nehmen und daher nur dann ein Disziplinarverfahren gegen einen Dozenten einleiten, wenn dies durch wirklich schwerwiegende Tatsachen gerechtfertigt erscheint."

„Intransigeant" über die Krise der Volksfront.

Paris, 7. Dezember. Der Behauptung der kommunistischen „Humanité", daß es der Volksfront gut gehe, wird vom **Intransigeant** entschieden widersprochen. Unter Hinweis auf die schleichende Krise schreibt das Blatt, wenn man behaupte, daß es der Volksfront gut gehe, dann müsse man fragen, ob man damit die Oeffentlichkeit zum Narren halten wolle. Die Wahrheit sei, daß die Kommunisten die Volksfront leiten wollen und jetzt, wo ihnen das auf den ersten Anhieb nicht gelinge, sie zu zerschlagen beabsichtigen. Es werde gar nicht lange dauern, bis sie sich an das „Ministerium der Massen" wenden werden.

Das Blatt schreibt dann weiter: „Wir gehen Unruhen entgegen, die man seit langem voraussehen konnte. Der Augenblick ist gekommen, in dem alle Freunde der Ordnung die Furcht von sich abschütteln und sich auf den Widerstand bereit machen müssen. Sonst haben wir morgen die Revolution."

Staatspräsident Svinhufvud überparteilicher Kandidat.

Helsinki, 7. Dezember. Staatspräsident Svinhufvud wurde von einer überparteilich zusammengesetzten Abordnung unter Führung von Senator Laaro Castrén besucht und gebeten, sich für die Wiederwahl zum Präsidenten zur Verfügung zu stellen. Svinhufvud hat diesem Angebot zugestimmt. Auch die Finnische Sammlungspartei beabsichtigt, Svinhufvud zu bitten, sich als Präsidentschaftskandidat für ihre Partei aufstellen zu lassen.

Mongolenerklärung zum chinesisch-mongolischen Konflikt.

Peiping, 7. Dezember. In einem Rundtelegramm, das von der Funktation der Mongolenführer ausgesandt wurde, heißt es, daß die Mongolenführer mit dem Fürsten Tewang an der Spitze die Versicherung wiederholen, daß keine Trennung von China beabsichtigt werde, sondern nur die Abänderung administrativer Mißstände. Die Gewaltanwendung sei notwendig geworden, nachdem alle Vorstellungen erfolglos geblieben seien. Waffen und Munition seien entweder gekauft oder geliehen worden, aber man habe keinen Quadratzoll Boden dafür hingegeben. Die Zentralregierung sei gewarnt worden, sich einer Einmischung in die Auseinandersetzung der Mongolen mit der Sviwan-Regierung zu enthalten, da sonst hieraus ein allgemeiner mongolisch-chinesischer Konflikt erwachsen würde.

Gemeindewahlen in der Tschechoslowakei.

Prag, 7. Dezember. Am Sonntag fanden in 269 bis auf ganz wenige Ausnahmen fleinen Ortschaften Gemeindewahlen statt. In 83 tschechoslowakischen Gemeinden waren Gemeinschaftslisten aufgestellt worden, so daß es im Wirklichkeit nur in 168 Gemeinden zu einem Wahlkampf kam. In 75 Gemeinden waren deutsche Listen aufgelegt worden.

Es gibt in der Tschechoslowakei 3466 Gemeinden mit deutscher Mehrheit, in denen zum größten Teil die Gemeindewahlen bei der Aufstellung bezw. Einstellung der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Deutschen Nationalpartei im Herbst des Jahres 1933 fällig waren. Das Prager Innenministerium benutzte die begrenzte Durchführung von Gemeindewahlen zweifellos als Mittel, die Wählerstimmung zu prüfen bezw. durch forcierte Neuwahl ein bestimmtes Bild hervorzurufen. So wurde z. B. bei den gestrigen Wahlen in keiner einzigen größeren deutschen Gemeinde abgestimmt, in denen seit 1933 die Verwaltung kommissarisch geführt wird.

Mit diesen Vorbehalten ergaben die Gemeindewahlen etwa folgendes Bild: Von den 58 Gemeinden mit überwiegend deutscher Bevölkerung hatte die Sudetendeutsche Partei in 53 Fällen eigene Listen aufgestellt. In den meisten Orten war die Partei sogenannte Wahlgemeinschaften eingegangen. In diesen an der tschechoslowakischen Sprachgrenze gelegenen Gemeinden wurden für die Sudetendeutsche Partei insgesamt 24 097 Stimmen abgegeben, was ungefähr den letzten Parlamentswahlen vom 19. Mai 1935 entspricht. Der Rückgang von 380 Stimmen ist angesichts der Umstände nicht sehr bedeutungsvoll. In 20 Gemeinden ist ein Stimmenzuwachs, in 29 Gemeinden ein unbeträchtlicher Stimmenrückgang zu verzeichnen.

Mit diesen Stimmen erreicht die Sudetendeutsche Partei 489 Mandate, und in fast allen Gemeinden mit überwiegender deutscher Mehrheit die absolute Majorität und damit die Gemeindeführung.

Die Deutschen-Christlich-sozialen Stimmen zeigten weiter eine Neigung zum Rückgang. Von den tschechoslowakischen Parteien haben sich die Agrarier am besten gehalten, während die tschechisch oppositionelle Rechte weiter im Rückgang begriffen ist.

Wie die Pressestelle der Sudetendeutschen Partei mitteilt, laufen aus verschiedenen Orten mit deutscher Mehrheit Beschwerden über Wahlbeeinflussungen, ja sogar über verschiedene Fälle von Stimmenkauf ein. So wurde festgestellt, daß beispielsweise in Buchau bei Karlsbad einige namentlich bekannte Herren verschiedenen Arbeitslosen eine Vergütung von 20 Tschechenkronen versprachen, falls sie ihre Stimmen für die tschechischen Listen abgäben. Tatsächlich ist auch in Buchau ein auffälliges Ansteigen der tschechischen Stimmen zu verzeichnen. Aehnliche Vorfälle werden auch aus der Gemeinde Swina bei Mies gemeldet.

3530 Zeppelin-Fahrgäste in diesem Jahr.

Berlin, 7. Dezember. Mit der am 7. Dezember erfolgten Heimkehr des Luftschiffes „Hindenburg" von seiner letzten diesjährigen Südamerika-Fahrt ist das Fahrtenprogramm der Deutschen Zeppelin-Reederei in diesem Jahre beendet.

Das Jahr 1936 brachte eine gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelte Anzahl von Zeppelin-Fahrten nach Uebersee, die Fertigstellung und den erstmaligen Einsatz eines neuen, von vornherein für den Uebersee-Verkehr gebauten Luftschiffes, des LZ „Hindenburg", die Aufnahme von Versuchsfahrten nach Nordamerika, die Eröffnung der neuen Luftschiffhäfen in Frankfurt am Main und in Rio de Janeiro und endlich im Herbst die erstmalige Durchführung eines wöchentlichen Südamerika-Dienstes mit den beiden Luftschiffen „Graf Zeppelin" und „Hindenburg".

Im Einzelnen sah das diesjährige Fahrtenprogramm der Deutschen Zeppelin-Reederei von Ende März bis Anfang Dezember 20 Südamerika-Fahrten vor, von denen 13 von dem „Graf Zeppelin" und die übrigen 7 von dem Luftschiff „Hindenburg" ausgeführt wurden. Ebenso reibungslos wie die seit fünf Jahren durchgeführten Südamerikareisen verliefen auch die zehn Nordamerikafahrten von Anfang Mai bis Mitte Oktober. Die in diesem Jahre zurückgelegte Fahrtstrecke von 600 000 Kilometern, die sich nahezu gleichmäßig auf beide Luftschiffe verteilt, übertrifft das Ergebnis des Vorjahres um das Doppelte.

In noch viel stärkerem Maße ist die Zahl der in diesem Jahre beförderten Fahrgäste gestiegen, die das Luftschiff „Hindenburg", im Vergleich zu den 20 Plätzen des „Graf Zeppelin", ein Fassungsvermögen von 50 Plätzen und, nach dem Einbau zusätzlicher Kabinen, sogar von 72 Plätzen hatte. Infolgedessen wuchs die Zahl der Zeppelin-Fahrgäste von 841 im Vorjahr auf 3530 in diesem Jahre, d. h. auf über das Vierfache. Auch die beförderten Post- und Frachtmengen nahmen einen ähnlichen Aufschwung, und zwar von 9300 Kilogramm im vorigen Jahre auf rund 30 000 Kilogramm in diesem Jahre, also eine Steigerung auf über das Dreifache.

Nach diesen hervorragenden Leistungen hat sich auch LZ „Hindenburg" den Weihnachtsurlaub redlich verdient. Während der „Graf Zeppelin" in Friedrichshafen der üblichen Winterüberholung entgegengeht, überwintert das Luftschiff „Hindenburg" in seiner Halle auf dem Flug- und Luftschiffhafen Rhein-Main bei Frankfurt am Main.

Zum nächsten Frühjahr werden beide Luftschiffe ihren Ueberseedienst wieder aufnehmen, und zwar wird der „Graf Zeppelin" auch im kommenden Jahr seine Südamerikafahrten in meist 14tägigen Abständen fortsetzen, während LZ „Hindenburg", abgesehen von einigen Reisen nach Südamerika, in verstärktem Maße in den Nordamerika-Dienst eingesetzt werden soll.

Nach Fertigstellung des Luftschiffes LZ 130, das sich auf der Werft des Luftschiffbau Zeppelin in Friedrichshafen im Bau befindet, wird voraussichtlich im Herbst 1937 der Nordamerika-Verkehr durch den Einsatz eines zweiten Luftschiffes noch weiter verstärkt werden.

Sowjetrussischer Petroleumzug verbrannt.

Moskau, 7. Dezember. Einer Meldung aus Stalingrad zufolge ist auf der Strecke der Stalingrader Eisenbahn ein Petroleumzug in Brand geraten, der vollkommen vernichtet wurde. 16 Zisternen mit Erdöl und Benzin sowie fünf Wagen fielen den Flammen zum Opfer. Die Verbindung auf der Strecke ist unterbrochen.

Es besteht der Verdacht, daß die Katastrophe auf Brandstiftung zurückzuführen ist.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.